

Den Wandel gestalten und
sich im Wandel bewähren

Bernhard Vogel zum 70. Geburtstag

Karl Schmitt

„Jugend ist nicht ein Lebensabschnitt, sie ist ein Geisteszustand. Sie ist Schwung des Willens, Regsamkeit der Fantasie, Stärke der Gefühle, Sieg des Mutes über die Feigheit, Triumph der Abenteuerlust über die Trägheit. Niemand wird alt, weil er eine Anzahl Jahre hinter sich gebracht hat...“ Wenn diese Weisheit Albert Schweitzers auf einen deutschen Politiker zutrifft, dann auf Bernhard Vogel, ist er doch in der Tat mit den Jahren jung geblieben und eine außergewöhnliche, ja in vieler Hinsicht singuläre Gestalt in der deutschen politischen Landschaft.

Wenn er seinen 70. Geburtstag feiert, kann er auf eine Amtszeit als Landesregierungschef von knapp 23 Jahren zurückblicken, die längste aller Ministerpräsidenten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Auch in Thüringen übertrifft die Dauer seines Wirkens als Regierungschef die sämtlicher Vorgänger seit Gründung des Landes 1920. Zugleich ist Bernhard Vogel der einzige Ministerpräsident in der Geschichte der Bundesrepublik, der das Amt in zwei Ländern ausgeübt hat, dazu noch im Westen und im Osten.

Über die Wissenschaft der Politik

Hinter diesen äußersten Daten verbirgt sich eine noch wichtigere Besonderheit seiner politischen Laufbahn: Dem Vorbild seines Vaters folgend, bereitete er sich auf eine akademische Karriere vor. Er hat nicht beschlossen, Politiker zu werden, sondern ist gleichsam in diesen Beruf hineingeglitten. Und als er dann doch Politiker geworden war, hat er (von seltenen

Ausnahmen abgesehen) sich nie zu höheren Positionen gedrängt, sondern hat neue Aufgaben übernommen, wenn er gerufen wurde.

Der Weg Bernhard Vogels in die Politik begann – untypisch schon für seine Generation, zu schweigen von der heutigen – nicht in einer Partei, sondern in der katholischen Jugendbewegung, in der er sich in seiner Schüler- und Studentenzeit engagierte. Hier entdeckte und entwickelte er die Begabungen, die ihm später zugute kamen: die Fähigkeit, Menschen zu überzeugen, zu gewinnen und zu führen, sowie ein ausgeprägtes Organisationstalent. Es verwundert nicht, dass er sich für das neue Studienfach Politische Wissenschaft entschied, das in Heidelberg eines seiner ersten Zentren hatte. Für seine akademischen Lehrer Alfred Weber, Carl Joachim Friedrich und insbesondere Dolf Sternberger war Politikwissenschaft Demokratiewissenschaft. Sternberger, der sich als „Staatsfreund“ bezeichnete, dem wir den Begriff „Verfassungspatriotismus“ verdanken und den sein Schüler Bernhard Vogel später als „Lehrmeister unseres Verfassungsstaats“ rühmte, dieser Gelehrte forderte einerseits eine genaue Beobachtung der politischen Wirklichkeit, bestand andererseits aber zugleich auf der Auseinandersetzung mit den normativen Grundlagen politischer Ordnungen: „Die politische Wissenschaft... (kann sich) niemals mit der bloßen Registrierung von Daten begnügen, sie muss es zum Urteil bringen...; (sie ist) immer zugleich empiri-

sche und normative Wissenschaft.“ In diesem Geist lernte Bernhard Vogel das Handwerk des Politikwissenschaftlers, promovierte 1960 bei Sternberger mit einer Dissertation über Freie Wählervereinigungen in den Kommunen und begann in den folgenden sieben Jahren als Assistent und Lehrbeauftragter am Heidelberger Seminar die Arbeit an einer Habilitationsschrift über die Fragestunde im britischen Unterhaus, die ihm eine akademische Laufbahn eröffnen sollte.

Geprägt von der katholischen Soziallehre

Eine weitere Prägung erfuhr er durch seine gleichzeitige Tätigkeit als Bildungsreferent am Heinrich-Pesch-Haus in Mannheim, dem „Vorort des süddeutschen Sozialkatholizismus“ (Hans Mayer). Hier vermittelte er die katholische Soziallehre und wurde selbst tief von ihr geprägt. Der Übergang Bernhard Vogels in die praktische Politik vollzog sich gleichzeitig; seine Mitgliedschaft im Heidelberger Stadtrat (1963–1965) und sein 1965 erungenes Direktmandat im Deutschen Bundestag betrachtete er als eine Art anspruchsvolle Nebentätigkeit. Die Arbeit an seiner Habilitationsschrift brach er erst ab, als Peter Altmeier ihn 1967 mit 34 Jahren als Kultusminister in sein Kabinett nach Mainz berief. Der Politikwissenschaft blieb er zeitlebens nicht nur durch eine beeindruckende Zahl von Fachveröffentlichungen eng verbunden. Sie prägte auch seinen Regierungsstil. Wie kaum ein anderer Politiker verband er die *vita activa* mit der *vita contemplativa*, die den beständigen Dialog mit der Wissenschaft sucht. Diese theoretisch-wissenschaftliche Neigung bewahrte ihn einerseits davor, ein reiner Pragmatiker oder gar Techniker der Politik zu werden. Sein Blick ging immer auch auf das Übergreifende und Prinzipielle. Im Sinne von Max Webers Verantwortungsethik waren ihm andererseits die Grenzen politischen Gestal-

tens stets bewusst: „Politiker sind nicht die Ingenieure menschlichen Glücks.“

Kultusminister in Zeiten der „Bildungskatastrophe“

Seine Tätigkeit als Kultusminister setzte Bernhard Vogel fort, als sein Heidelberger Studienfreund Helmut Kohl 1969 Peter Altmeier nach dessen fast 22-jähriger Amtszeit als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz ablöste und damit einen Generationswechsel und zugleich einen Neuaufbruch in der Landespolitik einleitete. Vogels Amtszeit fiel in eine Ära, in der nach dem Machtwechsel in Bonn nicht nur die sozialliberale Bundesregierung eine bis dahin nicht bekannte Reformeuphorie entfachte. Auch die Länder standen – spätestens seit Georg Picht 1964 die „Bildungskatastrophe“ ausgerufen hatte – vor großen Reformherausforderungen gerade im Bildungsbereich, wobei sich die Auseinandersetzungen über Strukturen und Inhalte immer stärker polarisierten. Von Anfang an bezog der junge Kultusminister klare Positionen. Er bekämpfte jede falsche Politisierung der Schule, ihren Einsatz als „Schaltgetriebe für Gesellschaftsreformen, [...] als Reparaturbetrieb für alle gesellschaftlichen Mängel“ (Werner Remmers). Stattdessen forderte er die Orientierung an den Zielen der Chancengerechtigkeit und der individuellen Förderung. Jeder sollte die Chance bekommen, seinen Weg zu gehen. Dies setzte ein differenziertes Schulwesen mit Alternativen in gleichrangigen Bildungswegen und jeweils spezifischer Leistungsförderung voraus, nicht aber eine egalitäre Einheitsschule. Diese Grundsätze wurden bestimmt für den Um- und Ausbau des Schulsystems, den Bernhard Vogel mit Energie und Augenmaß ins Werk setzte: Abschaffung der Konfessionsschulen und ihre Ersetzung durch christliche Gemeinschaftsschulen bei Erhaltung des gegliederten Schulwesens, Einführung des 10. Schuljahres in Hauptschulen als Angebot, Re-

form der Sonderschulen, Leistungssteigerung der Lehrerbildung durch Einrichtung einer Erziehungswissenschaftlichen Hochschule. Der Mangel an Studienplätzen in Rheinland-Pfalz wurde durch die von ihm in kürzester Zeit zum Erfolg geführte Gründung der Universität Trier-Kaiserslautern beseitigt.

Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz

Als Helmut Kohl 1976 als Fraktionsvorsitzender in den Bundestag nach Bonn wechselte, setzte sich Bernhard Vogel gegen Kohls Wunschkandidat Gaddum als Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten durch. Unterstützt durch ein Team junger, innovativer und dynamischer Minister (u. a. Geißler, Gölter, Laurien und Töpfer), trieb er die Entwicklung von Rheinland-Pfalz, das noch immer unter den Rückständen eines Agrarlandes litt, voran. Seine Erfolge in der Verwaltungsreform, beim Ausbau der Verkehrswege, bei der Förderung der Forschungslandschaft und der Kommunen verschafften ihm rasch große Popularität als „Landesvater“, der seiner Partei bei zwei Landtagswahlen die absolute

Mehrheit sichern konnte. Besondere Verdienste erwarb sich Bernhard Vogel in der Medienpolitik: mit dem Kabelfernseh-Pilotprojekt Ludwigshafen übernahm Rheinland-Pfalz eine Pionierrolle bei der Einführung des privaten Rundfunks in Deutschland. 1988 endete die erfolgreiche Amtszeit Vogels als Ministerpräsident abrupt. Er wurde Opfer einer parteiinternen Intrige seines Umweltministers Hans-Otto Wilhelm, an den er in einer Kampfabstimmung den CDU-Landesvorsitz verlor – mit der (zuvor angekündigten) Folge seines Rücktritts als Ministerpräsident. Diese „spektakuläre Selbstenthauptung“ (Hermann Rudolph) der Partei war der Anfang vom Ende einer Jahrzehntelangen CDU-Regierungszeit in Rheinland-Pfalz.

Die folgenden Jahre als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung wird Bernhard Vogel als Rückkehr zu seinen Ursprüngen, an die Schnittstelle von Wissenschaft und Politik und zum Dialog von Geist und Macht empfunden haben. Als in Thüringen im Januar 1992 Ministerpräsident Joseph Duchac zurückgetreten war, zögerte Vogel jedoch nicht, dem Ruf führender Thüringer CDU-Politiker zu folgen, in Erfurt dessen Nachfolge anzutreten. Er sah es „als unverhofftes Glück, in der Politik noch einmal weitermachen zu dürfen“, fügte aber hinzu: „Wenn man jetzt gebraucht wird, [...] dann hat man eigentlich die verdammt Pflicht, sich dafür zur Verfügung zu stellen.“ Vogel kam nicht unvorbereitet nach Thüringen. Dass für ihn das Eintreten für die deutsche Einheit weit mehr als ein Lippenbekenntnis bedeutete, hatte er bereits dadurch unter Beweis gestellt, dass er über Jahrzehnte hinweg mehrmals im Jahr in die DDR gereist war, um sich ein persönliches Bild zu machen und Verbindungen zu pflegen. Die Städtepartnerschaften Trier/Weimar und Mainz/Erfurt gehen auf sein nachdrückliches Eintreten bei Erich Honecker zurück.

Neuanfang in Thüringen

Die Herausforderungen, vor denen er in Thüringen stand, waren ungleich größer als in Rheinland-Pfalz. In seiner ersten Regierungserklärung steckte er sich ein hohes Ziel: „Thüringen muss zum vollentwickelten, gleichwertigen Land im Kreis der deutschen Länder und zum selbstbewussten Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland werden.“ Das Ausmaß der Probleme, die sich auf dem Weg zu diesem Ziel stellten, hat wohl auch Vogel damals unterschätzt. Dennoch: Wenn auch fraglich ist, ob Thüringen nach zehn Jahren seiner Amtszeit die Schwelle zu einem selbsttragenden wirtschaftlichen Wachstum überschritten hat, so braucht es den Vergleich mit den anderen ostdeutschen

Ländern nicht nur nicht zu scheuen; es liegt mit Sachsen vorn. Unter seiner Führung ist vieles erreicht worden, und vieles davon trägt seine Handschrift: die Erarbeitung einer tragfähigen Landesverfassung, die Kreis- und Gemeindegebietsreform, die Neuordnung der kommunalen Selbstverwaltung, der Ausbau der Hochschulen und die Neugründung der Universität Erfurt, die Sicherung vieler Industriestandorte wie Eisenach, Jena, Sömmerda oder Rudolstadt, der Ausbau wichtiger Verkehrswege, die Intensivierung der Beziehungen zu den Partnerregionen Picardie, Essex, Kleinpolen und Saratow.

Zu diesen Erfolgen hat Bernhard Vogel vor allem drei entscheidende Impulse gegeben. Er hat die deutsche Einheit als Bewährungsprobe für die Solidarität der Nation verstanden und in enger Abstimmung mit seinen Amtskollegen im Osten mit Überzeugungskraft und Nachdruck die Unterstützung des Bundes und der EU für die neuen Länder eingefordert und erreicht. Er hat die Problemlast des Neuaufbaus als persönliche Herausforderung angenommen, sie als Chance des Aufbruchs und der Erneuerung gesehen. „So viel Anfang war nie“ – mit diesem Hölderlin-Wort vermittelte er den Thüringern immer wieder Zukunftsvorstellung und Selbstbewusstsein. Selbst nach dem schwärzesten Tag seiner Regierungszeit, den Morden am Erfurter Gutenberg-Gymnasium, gab er nicht nur der Trauer Raum, sondern sprach auch von Hoffnung. Und schließlich hat Bernhard Vogel den Neuaufbau Thüringens nie als eine allein materielle, sondern vor allem als Aufgabe der geistigen Erneuerung gesehen: „Die Zukunftsgestaltung beginnt in den Köpfen der Menschen und nicht nur in den Bilanzen der Betriebe oder in den Kassen des Staates.“ Dieses wohl schwierigste Stück Arbeit an der inneren Einheit ist er mit Behutsamkeit und großer Bereitschaft zum Zuhören angegangen; beides hat sein Einfühlungsvermö-

gen geschärft und ihn vor undifferenzierten Urteilen über das Erbe der DDR-Vergangenheit bewahrt. So hat Bernhard Vogel auch in Thüringen wieder die Statur eines „Landesvaters“ erreicht; ohne sie wäre die absolute Mehrheit bei den Landtagswahlen von 1999 nicht vorstellbar.

Der Parteipolitiker

Dass Politiker in der Demokratie Parteipolitiker sind, ist auch für Bernhard Vogel selbstverständlich. Er trat zwar erst 1960 in die CDU ein, als Freunde ihn für eine Stadtratskandidatur in Heidelberg gewinnen wollten, hat aber später in seiner Partei wichtige Ämter übernommen. Vogels Politikerkarriere verlief nicht über die „Ochsentour“ der Parteiarbeit; die Übernahme politischer Ämter ging meist dem Aufstieg in der Parteiarchie voraus und nicht umgekehrt. Im ersten Abschnitt seiner politischen Laufbahn bis zum Amt des Kultusministers förderte ihn Helmut Kohl. Danach ging er seinen Weg selbstständig. Die Nachfolge Kohls als Landesvorsitzender der CDU und als Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz erfocht er gegen dessen Willen. Und auch als Ministerpräsident von Thüringen hätte der Bundesvorsitzende und Bundeskanzler Kohl 1992 einen anderen Kandidaten vorgezogen. Diese Unabhängigkeit bestimmt auch Vogels Verhältnis zur CDU: Im Unterschied zu Kohl, für den die Partei der zentrale Lebensraum war, wurde sie für Vogel nie die eigentliche Heimat. Daher gilt die Formel, die der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn 1971 prägte, „Ministerpräsidenten sind Landesväter und Partei-
söhne zugleich“, für Vogel nicht. Dazu ist seine Sicht zu gouvernental, auf das Ganze gerichtet; für ihn hat die Partei eine vornehmlich dienende Funktion. Anders als bei dem „Hordenführer“ (Peter Haungs) Kohl, dessen Weg zur Macht und deren Ausübung auf der systematischen Pflege von Parteigefolgschaften be-

ruhte, ist Vogels Verhältnis zu seinen Mitstreitern in Parteiorganisation und Regierung sehr viel stärker von der Nähe in inhaltlichen Positionen und von sachlicher Distanz geprägt, was Freundschaften nicht ausschließt. Den Preis für seine „distanzierte Nähe“ zum Parteiaufbau zahlte Vogel 1988, als ihm die Mehrheit der Parteitagsdelegierten die Unterstützung versagte. Seine Entscheidung, daraufhin als Ministerpräsident zurückzutreten, war konsequent; sie folgte der Einsicht, dass die Ausübung eines Regierungsamts auf das Vertrauen der Partei angewiesen ist.

Konsens, Toleranz und Integration

Sein hohes Maß innerer Unabhängigkeit stand für Vogel keineswegs im Widerspruch zur Loyalität seiner Partei gegenüber. Dies gilt gerade auch für sein Verhältnis zu Kohl während dessen Kanzlerschaft. Den größten Dienst erwies Vogel seiner Partei, als sie 1999/2000 nach der Wahlniederlage Kohls und dem durch die Parteispendenaffäre erzwungenen Rücktritt Schäubles als Parteivorsitzender die tiefste Krise ihrer Geschichte erlebte – bezeichnenderweise nicht dadurch, dass er selbst nach dem Parteivorsitz gegriffen hätte, sondern durch diskrete Bemühungen im Hintergrund, die rivalisierenden Gruppierungen zu versöhnen. Hier zeigte sich einmal mehr Vogels auf Konsens, Kompromiss und Integration gerichteter Politikstil, durch den es ihm schon in Thüringen gelungen war, eine tief zerklüftete CDU wieder zusammenzuführen, und den er im Übrigen auch gegenüber den Partnern in von ihm geführten Koalitionsregierungen in Rheinland-Pfalz und Thüringen mit großem Erfolg praktizierte. Auch sein Umgang mit politischen Gegnern zeichnet sich durch Fairness und Respekt aus, was ihm eine hohe Wertschätzung in allen politischen Lagern einbrachte.

Konsensorientierung, Toleranz und das Bemühen um Vertrauen sind für Bernhard Vogel ebenso wenig Werte in sich wie

die Ausübung von Macht: „Macht lohnt nicht um jeden Preis“ – das war seine Begründung für den Rücktritt in Mainz 1988. Sie gewinnen ihre Bedeutung erst dadurch, dass sie in einer pluralistischen Demokratie den Wettstreit politischer Grundpositionen ermöglichen. Bernhard Vogels eigene Orientierungen wurzeln in seinen christlichen Wertgrundlagen. Zwar hat Vogel den Christen im politischen Geschäft nie herausgekehrt, das „C“ seiner Partei ist jedoch für ihn nicht bloßes Etikett, sondern Antrieb und vor allem Forderung an sich selbst, wichtigste Kraftquelle, aus der der Katholik Vogel schöpft. Er ist so wenig Fundamentalist wie Klerikaler: Für ihn ist aus der Bibel und dem christlichen Glauben kein politisches Programm abzuleiten, wohl aber die Grundlage für eine verantwortliche Politik, das Eintreten für die Menschenrechte, Grundsätze der Solidarität und der Subsidiarität; und in seiner Sicht nehmen Christen Aufgaben der politischen Gestaltung wahr in respektvoller Unabhängigkeit von amtskirchlichen Instanzen.

Bernhard Vogel hat selbst eine Art „Fürstenspiegel“ für Politiker in einer modernen Demokratie entworfen (Artikel „Politik“, Staatslexikon der Görres-Gesellschaft). Sein Tugendkatalog ist so umfassend wie anspruchsvoll: Bekenntnis zu sittlichen Grundwerten, Charakterfestigkeit, Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit, Gespür für zukunftsträchtige Entwicklungen, Tatkraft und Mut, Fähigkeit zum Ausgleich von Interessen, Augenmaß, Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein, Bereitschaft zur Vertretung klarer Positionen, Ordnungs- und Gestaltungswille, Beherrschung der Kunst des Möglichen, Sachlichkeit und Nüchternheit, Bereitschaft zum Dienst.

Hohe Ansprüche an die eigene Profession

Bezeichnend für Bernhard Vogel ist, dass er seinem „Fürstenspiegel“ die nüch-

terne Feststellung voranstellt: „Politik verdirbt nicht den Charakter, aber sie stellt ihn auf eine besondere Probe“ – zeigt sie doch, dass ihm, als einem bekennenden Christen, die Schwächen der menschlichen Natur und die Gefährdungen bis hin zum „sacrificium intellectus des homo politicus“ (Manfred Hättich) voll bewusst sind. Deshalb wäre es vermassen, wollte man an seiner statt die Frage stellen oder gar beantworten, inwieweit er in den unterschiedlichsten Funktionen seinen Ansprüchen gerecht geworden ist. Wichtiger ist vielleicht, dass er wie wenige andere an seine Profession hohe Ansprüche stellt, und mehr noch, auch bereit ist, sich selbst an ihnen messen zu lassen.

Bernhard Vogel hat sein Leben dem Geschäft der Politik verschrieben, das er als Dienst am Gemeinwohl versteht. Er hat sich in die Pflicht nehmen lassen, sich selbst mit beeindruckender Disziplin in die Pflicht genommen. Er betreibt Politik

aus Überzeugung, von klaren Grundsätzen geleitet, mit politikwissenschaftlich geschärftem Realitätssinn. Niederlagen, die ihm nicht erspart blieben, haben ihn nicht verbittert. Nicht zuletzt in seinem Wissen um die Grenzen politischen Handelns gründet seine „engagierte Gelassenheit“ (Teilhard de Chardin). Und trotz der Mühsal des politischen Alltagsgeschäfts spürt jeder, der ihm dabei begegnet: Bernhard Vogel macht das Regieren geradezu Vergnügen. Bei aller Neigung zum Frohsinn sind ihm jedoch leise Töne nicht fremd.

Bernhard Vogel hat in seinem langen Politikerleben durch sein persönliches Beispiel die Frage Alexis de Tocquevilles beantwortet, die er als Motto seiner Dissertation von 1960 vorangestellt hatte: „Wie soll man eine Menge dazu bringen, sich für die Freiheit in großen Dingen einzusetzen, wenn sie nicht gelernt hat, in den kleinen von ihr Gebrauch zu machen?“

Richtige Balance

„Wir werden unser Zusammenleben neu justieren müssen, um die richtige Balance zwischen individueller Freiheit und dem Gemeinwohl zu finden. Dabei müssen wir darauf achten, nicht das zu zerstören, was unsere Gesellschaften so verteidigenswert macht. Toleranz darf nicht verloren gehen. Toleranz muss auch weiterhin für fremde Kulturen, für fremde Glaubensrichtungen und für unterschiedliche politische Ansichten gelten. Nur der Intolerante darf keine Toleranz mehr erwarten.“

Bernhard Vogel am 1. Oktober 2001 in Washington D. C.